Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Nr. 311 Jahrg. 215 — Einzelpreis 1 Mark

Bezugspreis: monatlich M. 83.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20 512.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 6. Juli 1922

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 8.—M. Die 8gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 10.—M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9269
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Das Schutzgesetz im Reichstage

Vergebliche Liebesmühe

Die Erklärung des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Abg. Hergt vom 25. Juni hat in der Presse an einigen Stellen eine irrige Auslegung gefunden und eine falsche Auffassung hervorgerufen. Diese Erklärung des Parteivorsitzenden ersuchte bekanntlich alle Gliederungen der Partei, solche etwa vorhandenen Mitglieder auszuschließen, von denen feststehe, daß sie sich an Organisationen beteiligen, welche verfassungs- und gesetzwidrige Ziele verfolgen. Unsere politischen Gegner versuchen nun eine Spaltung in unsere Partei zu tragen, indem sie die erwähnte Erklärung so hinstellen, als gegen die völkische Bewegung gerichtet. Davon kann keine Rede sein und ist auch nie die Rede gewesen! Der Schwindel, welcher mit diesen Behauptungen von einer Spaltung innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei seitens unserer Gegner getrieben wird, ist zum Glück so dumm und plump, daß er auf den ersten Blick durchschaut wird. Gerade jetzt wo es gilt die Reihen zu schließen, fallen unsere Freunde und Anhänger darauf nicht hinein. Wir stehen nun gerade zusammen zu Abwehr und Angriff.

Der Inhalt des Gesetzes

Berlin, 5. Juli.

Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik sieht im § 1, 1. Teil, vor die Todesstrafe oder lebenslängliches Zuchthaus für Personen, die an einer Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, daß zu ihren Zielen gehört, Mitglieder der im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung zu töten, ferner für Personen, die in Kenntnis der vorbezeichneten Ziele eine solche Vereinigung durch Zuwendungen unterstützen. Dritte Personen, die um das Dasein einer solchen Vereinigung wissen, werden mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis bestraft, wenn sie es unterlassen, sowohl der Behörde wie der durch Verbrechen bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben. Keine Anwendung findet diese Vorschrift auf Geistliche bei Ausübung der Seelsorge.

§ 2 bestimmt: Mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren, wo neben auf Geldstrafe bis 5 Millionen Mark erkannt werden kann, wird bestraft,

1. wer öffentlich Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes oder gegen Mitglieder der amtierenden oder einer früheren republikanischen Regierung verherrlicht oder ausdrücklich billigt oder wer solche Gewalttaten belohnt oder die Täter oder Teilnehmer begünstigt, oder wer verstorbene Mitglieder einer solchen Regierung, die einer Gewalttat zum Opfer gefallen sind verleumdet oder öffentlich beschimpft,

2. wer zu Gewalttaten gegen die republikanische Regierung des Reichs oder eines Landes auffordert oder solche Gewalttaten mit andern verabredet,

3. wer Mitglieder der amtierenden oder einer früheren republikanischen Regierung verleumdet oder öffentlich beschimpft,

4. wer öffentlich die verfassungsmäßige republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes oder die Reichs- oder Landesfarben beschimpft,

5. wer an einer Verbindung teilnimmt oder sie durch Zuwendungen unterstützt, wenn die Verbindung bezweckt, die republikanische Staatsform zu untergraben. (?)

In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus.

Das Gesetz bestimmt ferner, daß den Verurteilten der Aufenthalt in bestimmten Teilen oder an bestimmten Orten des Reichs auf die Dauer bis zu fünf Jahren verboten werden kann. Gegen Ausländer ist die Ausweisung statthaft.

Deutscher Reichstag

Präsident Loebe eröffnet um 2 Uhr 20 Min. die Sitzung und widmet zunächst dem verstorbenen Abgeordneten Däumig (U. S.) einen Nachruf, den die Abgeordneten stehend anhören.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik in Verbindung mit einem Amnestiegesetz und vier Interpellationen. Die Unabhängigen interpellieren wegen des Fortbestehens von Selbstschutzorganisationen, wegen Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zum Schadenersatz verurteilt sind, und wegen der Hindenburgfeier in Königsberg i. Pr. — Die Sozialdemokraten interpellieren wegen antirepublikanischer Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und Beteiligung der Reichswehr daran.

Die heutige Aussprache wird sich hauptsächlich auf das Gesetz zum Schutze der Republik beziehen.

Reichsminister des Innern Koester: Not tun uns nicht lange Reden, sondern Handeln. An Stelle der erganzenen Verordnungen soll das Gesetz treten, da der Artikel 48 so selten und so kurz wie möglich angewendet werden soll. Wir müssen den Mut und die Verantwortung finden, den Sumpfboden endlich zu sanieren, aus dem die kleine feige Mördergesellschaft entsprossen ist. Wir dürfen nicht warten, bis man der Republik den Hals abschneidet. Ueber Einzelheiten der Methode kann geredet werden. Im übrigen stehen und fallen wir mit dieser Sanierungsaktion. Weitere Gesetzentwürfe werden noch in dieser Sitzungsperiode kommen. Aber das Reich hat keine Exekutive. Erst die Exekutive der Länder gibt eine Macht. Schulen und Universitäten müssen Pflanzstätten republikanischer Gesinnung sein. Das Gesetz ist kein Sozialistengesetz in zweiter Auflage. (?) Mit diesem Gesetz wird nicht die Pflege der Tradition verwehrt. (Gelächter rechts.) Wir denken nicht an Rache, nicht an Vergangenheit, sondern an die Zukunft. Das Land ist in Gefahr. Möge jeder seine Pflicht tun. (Beifall.)

Abg. **Silberschmidt** (Soz.): Es handelt sich um ein Ausnahmegesetz gegen rechts. Das Gesetz richtet sich nicht gegen eine Gesinnung, sondern gegen Kreise, die außerhalb der Verfassung mit Mitteln bis zum Meuchelmord die Republik vernichten und den Obrigkeitsstaat wieder aufrichten wollen. (?) Durch die Verächtlichmachung, die Bedrohung, die Ermordung der Führer der Republik sollte diese selbst getroffen werden. Die Republik hat bisher eine außerordentliche Geduld gehabt. Jetzt ist es genug. Meine Partei ist bereit, alles zum Schutze der Republik zu tun. Der Entwurf geht aber nicht weit genug. Vor allem darf dem Reich nicht die Exekutive fehlen. In der Kommission müssen entsprechend brauchbare Maßnahmen geschaffen werden. Sollte der Reichstag versagen, dann hat er seine Existenzberechtigung verloren.

Abg. **Bell** (Zentr.): Nach einer Kette abscheulicher politischer Verbrechen gewissenloser Kreise müssen Maßnahmen ergriffen werden, die zum Schutz der Republik nötig sind. Wir sind bereit, uns auf den Boden dieses Gesetzes zu stellen. Kleine Mittel helfen nicht mehr. Wir lehnen jedes Ausnahmegesetz ab. Wir machen das Gesetz keiner Partei zu Liebe und keiner Partei zu Leide. Niemandem, der überzeugter Monarchist ist, soll ein Haar gekrümmt werden, wenn er seine Ansicht sachlich verficht. Wir müssen fest und unerschütterlich auf dem Boden des Rechtes stehen. Für die Ausschußberatung behalten wir uns die Behandlung von Einzelheiten vor.

Abg. **Petersen** (Dem.): Wir sind bereit, dem Staat diejenigen Strafrechtsmittel in die Hand zu geben, deren er bedarf. Es handelt sich um nötige Ergänzungen des Strafrechts, die nach allen Seiten hin angewendet werden können. Wir hoffen auf beschleunige Verabschiedung eines brauchbaren Gesetzes.

Abg. **Dr. Dühringer** (Dn.): Jeder Staat hat das Recht der Selbsterhaltung. Die Erschütterungen der letzten Wochen erfordern besondere Maßnahmen; die Entdeckungen von Organisationen im ganzen Reich, von Verschwörungen, die man wirklich als Mördergentralen bezeichnen kann, das fluchwürdige Verbrechen gegen einen hervorragenden deutschen Mann, machten ein sofortiges Eingreifen nötig. Deshalb haben wir grundsätzlich die Maßnahmen des Reichspräsidenten als berechtigt anerkannt. Aber wir mußten überrascht und erstaunt sein, als der Justizminister erklärte, daß diese Verordnungen ausschließlich gegen rechts seien. Die politische Verblendung und Vorniertheit der deutschvölkischen Kreise zugegeben, aber gibt es solche Fanatiker und solche Elemente nur in diesen Kreisen? Hat die Republik nur Feinde auf der rechten Seite? Meine Partei (Abg. **Höllein**, Komm.: „die Mörderpartei", Lärm und wütende Zurufe rechts und links. Präsident **Loebe** ruft den Abg. Höllein zur Ordnung. Abg. **Malzan**, Komm.: die Burschen werden schon wieder frech!) Auch für die Republik gilt der Satz: Justitia fundamentum regnorum. (Abg. **Höllein** wird nach einem Zwischenruf zum zweiten Mal zur Ordnung gerufen und vom Präsidenten aufgefordert, ihn nicht zu weiteren Maßnahmen zu zwingen.) Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, aber man sollte an der Verfassung nicht so viel herumdoktern. Die Verordnungen hätten ausgereicht. Letzten Endes seien die unerhörten Verbrechen der Ministermörder doch nur auf den Druck des Versailler Friedens und die daraus entstandene Erregung im Volk zurückzuführen. Das Gesetz wird auf 5 Jahre erlassen. Der Wahlkampf wird inzwischen einsetzen. Sollen die Deutschnationalen während dieser Zeit vogelfrei bleiben, die jetzt allen Beleidigungen ausgesetzt sind? Das Gesetz ist in Erregung erlassen. Ein trauriges Dokument einseitiger Parteipolitik. Wir lehnen dieses Gesetz in dieser Fassung ab.

Abg. **Dr. Rosenfeld** (USP.): Es hat schon seinen Grund, wenn man von deutschnationalen Mörderbanden spricht. Man lese ihre Zeitschriften nach, in denen ziemlich unverblümt zum Morde an Männern wie Rathenau aufgefordert wird. In Bayern wird die Monarchie propagiert. Die Mitglieder des früheren Königshauses machen mit. Was nun das Gesetz anlangt, so steht zu befürchten, daß seine Bestimmungen gegen links angewendet werden. Wir fordern deshalb ein neues Disziplinarstrafgesetz, welches die Entfernung der monarchistischen Beamten ermöglicht. Wir brauchen auch endlich einen republikanischen Reichswehrminister.

Abg. **Dr. Stresemann** (D. Vp.): Wir sind bereit, an dem Gesetzentwurf mitzuarbeiten. Auch wir wollen, daß die jetzige Reichsflagge vor Beschimpfungen geschützt und auch die Reichsbeamten geschützt werden. Die Person des Reichspräsidenten muß über den Parteien stehen. Nach den bisherigen Feststellungen muß auch ich annehmen, daß es Mörderorganisationen gibt. Diese müssen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, gleichviel gegen wen sie sich richten. Dem Gesetz sollte man lieber den Namen „Gesetz zum Schutz der Verfassung" geben. Dieser Titel würde umfassender und zweckentsprechender sein. Hauptsache bleibt die Zusammenfassung derjenigen, die bereit sind innerhalb der heutigen Staatsform mit allen Kräften zum Wohl des Vaterlandes mitzuarbeiten. Auch Rathenau war nach Tradition und Erziehung kein Republikaner, aber er hat sich der Republik zur Verfügung gestellt. Die jetzigen Mitglieder der Regierung können nicht für unsere üblen Zustände Verantwortung geben. Haß und Leidenschaft dürfen sich nicht auf einzelne Personen konzentrieren. (Zuruf: Helfferich!), sonst kommen wir nie aus der Atmosphäre der Leidenschaft heraus. Ein typisches Beispiel für diese Leidenschaft auf der linken Seite sei der Ueberfall auf den Abgeordneten Osann in Darmstadt. Auf unabsehbare Zeit sei der Wiederaufbau Deutschlands nur möglich auf dem Boden der Republik, an der auch seine Partei mitarbeiten wolle. Aber die Republik würde mehr moralische Eroberungen machen, wenn sie sich von Widerstürmerei fernhielte, die immer etwas Kulturloses an sich habe. Einzelne Bestimmungen des Gesetzes gingen weit über das ehemalige Sozialistengesetz hinaus. Dies könne seine Partei nicht annehmen.

Abg. **Leid** (B. Vpt.) schließt sich im wesentlichen den Erklärungen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums an, doch müßten gewisse Aenderungen am Gesetz vorgenommen werden. Auch würde verschiedenes sich besser durch Verordnungen regeln lassen.

Abg. **Remmele** (K.) fordert Kontrollorgane der Arbeiter, die die Säuberung der Justiz, Reichswehr und Polizei von monarchistischen Elementen überwachen sollen. Im übrigen reiche das Gesetz nicht aus, die Geheimorganisationen zu treffen. Er fürchte, daß die Verordnungen gegen links angewendet würden. Auch das Amnestiegesetz geht ihm nicht weit genug. Er verlangt vor allem die Freilassung von Max Hölz.

Das Gesetz wird dann dem Rechtsausschuß überwiesen, ebenso das Amnestiegesetz.

Morgen nachmittag 2 Uhr: Beratung der zum Gesetz eingebrachten Interpellationen.

Untersuchung gegen den Abg. Henning

Die Deutschnationale Fraktion des Reichstages nimmt Kenntnis von dem Antrage des Herrn Abgeordneten Henning, sowohl die jetzt aufgetretenen, wie die früher gegen ihn erhobenen Vorwürfe durch einen Untersuchungsausschuß prüfen zu lassen. Sie nimmt ferner Kenntnis von seinem Anerbieten, während der Zeit der Untersuchung auf seine Tätigkeit als Abgeordneter sowohl im Reichstage, wie in öffentlichen Versammlungen zu verzichten. Die Fraktion erklärt ihr Einverständnis mit diesen Erklärungen und nimmt sie an. Sie ersucht die Parteileitung um die Bildung des Untersuchungsausschusses.

Nervenzusammenbruch in Oesterreich

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Nach der Valutakatastrophe der Verkehrsstreik! Es wäre für die Kulturgeschichte äußerst lehrreich, wenn man ein Mittel ausfindig machte, den Zustand der Wiener Volksseele in diesen Tagen für alle Zukunft zu Nutz und Frommen kommender Geschlechter festzuhalten. Etwas Schauerliches und Beklemmendes ist darin gelegen, wie der Nervenzusammenbruch sozusagen epidemisch auftritt, wie die atemraubende Angst vor dem Kommenden, die blasse Ratlosigkeit von Haus zu Haus, von Straße zu Straße springt. Daß das rasende Tempo, in dem die Krone dem Nichts zujagt, die abenteuerlichen Preisnotierungen, welche die allerletzten Tage mit sich gebracht haben, der Fünfundzwanzigkronen-Zuckerwürfel, das Zehntausendkronen-Fleisch, der Vierzigtausendkronen-Schuh, der Zweimalhundertausendkronen-Anzug die Ueberzeugung aufdrängen, nichts sei in Oesterreich unmöglich, nicht einmal noch phantastischere Preise, die vielleicht der morgige Tag bereits bringen wird, muß rückhaltlos zugegeben werden. Der Mahner in der Wüste, der sich und den anderen zuredet, die Nerven zu bewahren, der Gefaßtheit und Kaltblütigkeit predigt, macht beinahe eine lächerliche Figur. Ein jeder einzelne bekommt es ja zu verspüren, wie er der Massenpsychose unterliegt hoffnungs- und hilflos mitgerissen wird von dem breiten Strom der Verzweifelten.

Da, in der höchsten Not, rafft sich die neugebildete österreichische Koalitionsregierung zu einer entscheidenden Tat auf. Sie legt einen umfassenden Sanierungsplan dem Parlament vor, der zugleich die Voraussetzung für die Errichtung einer Notenbank, für die Stabilisierung der Krone bilden soll. Im Parlamente wird der Plan von allen Parteien angenommen; auch die Sozialdemokraten stimmen dafür. Sie können ja mit bestem Willen dieses Werk nicht stören, ohne sich vor aller Welt als die allein Schuldigen am österreichischen Zusammenbruch zu offenbaren.

Aber was geschieht schon wenige Tage später? Die sozialdemokratischen Verkehrsgewerkschaften stellen Lohnforderungen, über die eine Vereinbarung mit der Regierung nicht zustande kommt. Nicht aus materiellen Gründen; bietet doch die Regierung den Familienerhaltern mehr, als die Sozialdemokraten selbst verlangen! Aber die Regierung tanzt nicht ganz genau nach der Pfeife der roten Terroristen; und deshalb, deshalb der allgemeine Verkehrsstreik in Oesterreich mit seinen Milliarden Opfern an materieller Einbuße, seinem neuerlichen Währungsverfall und dem, ziffernmäßig gar nicht zu erfassenden, Verlust an moralischem Prestige!

Noch niemals hat in der Staatengeschichte des letzten Jahrhunderts eine politische Partei ein Verbrechen so weit

Dollar amtl. 425,96 G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192207061-14/fragment/page=0001

getrieben, das Volksvolk derart verhöhnt, als jetzt die österreichische Sozialdemokratie. Der Nervenzusammenbruch wird immer ärger; es gibt Leute, — und ihrer sind nicht wenige —, die, da der Weg zum Zusammenschluß mit Deutschland noch immer verrammelt ist, einen Einmarsch der Tschechen oder der Italiener als Erlösung begrüßen würden. Vorläufig ist es noch nicht so weit. In der Hauptsache ist die Regierung fest geblieben und die bürgerliche Parlamentsmajorität hat sich nicht unter das rote Joch gebeugt. Aber noch einmal eine solche Nervenprobe, und das Chaos in Oesterreich ist vollendet.

„Allerlei" im Landtag

Berlin, 5. Juli.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um ½12 Uhr.

Nach längerer Debatte wird bei der Schlußabstimmung durch Auszählung festgestellt, daß 215 Mitglieder für, 92 gegen die Vorlage gestimmt haben. Es ist daher die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht worden. Der vom Staatsrat beschlossene Gesetzentwurf wegen Außerkraftsetzung des Gesetzes betreffend die Einführung einer Altersgrenze auf die Dauer von zwei Jahren wird ohne Erörterung abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Reisekosten- und Aufwandentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrates wird in dritter Lesung angenommen.

Der **Antrag Limberg** (S.), wonach der Titel „Präsident des Staatsrats" beseitigt und durch den Titel „Vorsitzender des Staatsrates" ersetzt werden soll, fällt mit 166 gegen 143 Stimmen. Der Entschließungsantrag der Sozialdemokraten, wonach dem Landtag baldmöglichst in einer Denkschrift genaue Mitteilung über das Ergebnis der Nachprüfung der Eigentumsverhältnisse am Hohenzollernvermögen, über die Mitglieder des Hohenzollernhauses gegebenen Vermögenswerte und Zahlungen, sowie über die dem Staate aus dem jetzigen Zustande erwachsenen Verwaltungskosten gemacht werden soll, wird in namentlicher Abstimmung mit 166 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Stürmische Psuirufe auf der gesamten Linken begleiten die Verkündigung des Resultats. Die Vorlage wegen Erhaltung der Waldbestände und wegen Schaffung von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit wird endgültig angenommen.

Die von den Abgg. **Dr. Porsch** und **Dr. von Kampe** vorgelegten Gesetzentwürfe wegen Aufbesserung des Diensteinkommens der evangelischen und katholischen Geistlichen werden in dritter Lesung angenommen.

Zur Vorlage wegen Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark werden die Ausschußanträge in zweiter und dritter Lesung mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen. Der vom Verfassungsausschuß hinzugefügte Satz „Der Bezirk Marienwerder führt den Namen Westpreußen" wird durch Auszählung mit 166 gegen 132 Stimmen angenommen. Die Mehrheit begrüßt die Annahme mit lautem Beifall.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Eingemeindung der beiden westfälischen Grenzorte Langerfelde und Nächstebeck in die rheinische Stadt Barmen.

Die Abgg. **Held** (D. Vp.), **Daumhoff** (Ztr.) und **Ritel** (Dn.) sprechen im Laufe der Debatte gegen die Vorlage, die nicht genügend vorbereitet sei. Insonderheit betonen sie den Wunsch der westfälischen Gemeinden, ihr Westfalentum beizubehalten. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß sachliche Gründe für die Eingemeindung sprechen und daß der Provinziallandtag sich im vorigen Jahre bereits für die Eingemeindung ausgesprochen habe.

Die Abgg. **Haberland** (Soz.), **Christmann** (U. S. P.) und **Haas** (Soz.) sprechen sich für die Eingemeindung aus, während der Vertreter der Demokraten.

Abg. **Dr. Gottschalk**, mitteilt, daß die Meinungen seiner Parteifreunde in dieser Frage geteilt seien.

Das Gesetz wird indessen in zweiter und dritter Lesung angenommen. Da bei der Schlußabstimmung Zweifel über das Ergebnis entstehen, kommt es unter ungeheurem Lärm der Linken schließlich zum Hammelsprung, bei dem das Gesetz mit 173 gegen 80 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen wird.

Die Erhöhung des Grundkapitals der preußischen Staatsbank wird nach den Ausschußvorschlägen in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Der Gesetzentwurf über Regelung der Selbständigkeitsrechte Oberschlesiens geht an den Verfassungsausschuß.

Morgen vormittag 11 Uhr: Anträge betr. das Gesetz zum Schutz der Republik und Amnestiegesetz.

Der Verfassungsausschuß des preußischen Landtages erledigte heute in zweiter Lesung das Amnestiegesetz und beide Disziplinargesetze. Ein besonderer Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte soll nach seinen Beschlüssen nicht eingerichtet werden.

Im Reiche des „Hölz"

Schwere Ausschreitungen.

Zwickau, 5. Juli.

Im Anschluß an die gestrigen Demonstrationen haben sich gestern abend in der inneren Stadt und später bis in die Nachtstunden hinein vor der Kaserne der Sipo lebhafte Straßenkämpfe entwickelt, die leider eine größere Anzahl Opfer gefordert haben. Die Demonstranten, welche das Rathaus erstürmt hatten, um die Polizeihauptwache zu entwaffnen, hatten sich der dort befindlichen Waffen bemächtigt. Darauf wurde die Sipo eingesetzt, um den Marktplatz zu säubern, wobei die ersten Schüsse fielen. Ein Arbeiter wurde durch einen Bauchschuß getötet. Die Arbeiter gaben gleichfalls Feuer und haben eine Anzahl Polizeibeamte zum Teil schwer verwundet. In den späteren Stunden zog die Menge vor die Kaserne, in die sich die Sipo zurückgezogen hatte. Sie belagerte die Kaserne und forderte die Sipo zur Herausgabe der Waffen auf. Dies wurde verweigert. Es entspann sich eine neue Schießerei, wobei die Demonstranten schwere Verluste erlitten und auch die Sipomannschaften Verwundete hatten. Im städtischen Krankenhaus sind 18 Verwundete eingeliefert worden, darunter 10 Arbeiter und 8 Sipobeamte. Einige Verwundete befinden sich auch im Krankenhausstift und im Lazarett. Einer der Verwundeten ist in der Nacht gestorben. Es sind also bis jetzt im ganzen zwei Tote zu beklagen. Die hiesigen Zeitungen dürfen nicht erscheinen, weil überall der Generalstreik proklamiert ist. Der Aktionsausschuß hat den Gesamtrat als Geisel festgesetzt, um dadurch von der Regierung die Zurückziehung der Sipo zu erzwingen. Sämtliche Schulen sowie das Rathaus sind geschlossen. Die Beamten weigern sich, ihren Dienst zu versehen, weil ein genügender Schutz nicht gewährleistet werden kann. — Ein Arzt, der vom Fenster seiner Wohnung aus geschossen und hierbei einen Arbeiter getötet haben soll, wurde von der Menge aus der Wohnung geholt und schwer mißhandelt, so daß er in ein Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

Magdeburg, 5. Juli.

Ueber die Vorgänge in Sommerschenburg, dem Gute des Rittergutsbesitzers Grafen v. Gneisenau, im Kreise Neuhaldensleben, wird weiter berichtet: Im Anschluß an eine Demonstration sammelte sich eine große Menschenmenge, die auch Zuzug aus Helmstedt erhielt, bei dem Gute an, auf dem seit einiger Zeit Schutzpolizeibeamte stationiert sind. Die Kundgebungen galten besonders dem unbeliebten Gutsverwalter Rittmeister a. D. v. Rosenberg. Ein Teil der Menge begab sich ins Schloß, um die Entlassung des Gutsverwalters zu verlangen. Während dieser Verhandlungen fiel ein Schuß, dessen Ursprung bisher unerklärt ist. Als nun die Verhandelnden eiligst aus dem Schloß zurückkehrten, steigerte sich die Erregung der Menschenmenge, die sich inzwischen noch vergrößert hatte. Eine Abteilung von 20 Mann Schutzpolizei, die telephonisch herbeigerufen worden war, und auf einem Lastauto anlangte, wurde sofort umringt und entwaffnet. Inzwischen soll an anderer Stelle aus dem Schlosse geschossen worden sein, wobei es drei Tote und zehn Verletzte gegeben haben soll. Darauf drang die Menge in das Schloß ein, verprügelte die darin stationierten zwei Schutzpolizeibeamten und plünderte; Rittmeister v. Rosenberg soll schwer mißhandelt, nach andern Nachrichten getötet worden sein. In der Nacht soll eine weitere Verschärfung der Lage eingetreten sein. Die zusammengeströmte Menschenmenge wird auf 20 000—30 000 Personen geschätzt.

Waldenburg, 5. Juli.

Bei der gestrigen Demonstration zum Schutze der Republik kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die schließlich scharf schoß. Ein Arbeiter wurde getötet.

Wiesbaden, 5. Juli.

Nach einer ergänzenden Meldung wurden bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei eine Person getötet und 19 verwundet.

Peine, 5. Juli.

Im Anschluß an die gestrige Demonstration, die ohne Zwischenfall verlaufen ist, begab sich eine Anzahl Teilnehmer, vornehmlich Arbeiter vom Bau am Mittellandkanal, die von auswärts zur Demonstration nach Peine gekommen waren, nach dem Festplatz der Schützengesellschaft, die dort ein Freischießen abhielt. Nachdem es bereits am Nachmittag Schlägereien gegeben hatte, unternahm später in den Abendstunden ein größerer Trupp einen Ansturm auf das Zelt der Schützengilde, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam. Die Sanitäter verbanden 88 Personen; zehn wurden ins Krankenhaus gebracht, von denen zwei schwere Verletzungen davongetragen haben. Etwa 20 Kanalarbeiter sind verhaftet worden. Noch in der Nacht ist Schutzpolizei aus Hannover eingetroffen.

Das Harden-Attentat

Berlin, 5. Juli.

Amtlich wird gemeldet: Die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei haben ergeben, daß die Hintermänner des Attentats auf Harden in Oldenburg sitzen. Mehrere dorthin entsandte Berliner Beamte haben in Oldenburg Durchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Sobald das Material und die Verhafteten in Berlin eintreffen wird über das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen Näheres mitgeteilt werden.

O. C.-Verhaftungen

Eisenach, 5. Juli.

Vor einigen Tagen wurden von der Polizei fünf Eisenacher Bürger in Schutzhaft genommen, von denen einwandfrei feststeht, daß sie mit der Organisation C in Verbindung stehen. Auf Veranlassung der thüringischen Landesregierung sind diese Leute in der vergangenen Nacht nach einem auswärtigen Haftlokal, vermutlich nach Weimar, transportiert worden.

Deutsche Fronarbeiter für Frankreich

Paris, 5. Juli.

Der Vertreter Frankreichs in der Reparationskommission, Louis Dubois, stimmte dem Grundsatze der deutschen Mitarbeit für die im gestrigen Ministerrat beschlossenen öffentlichen Arbeiten zu und ließ wissen, daß es vielleicht besser wäre, wenn mehr einzelne Unternehmungen ins Auge gefaßt würden, als daß man die Durchführung eines zu großen Arbeitsprogramms verfolge. Die französische Industrie soll bei den Materiallieferungen mit 30 Proz. bedacht werden. Die Regulierung der Rhone erfordert deutscherseits die Lieferung von Arbeitern für 2600 Millionen Franken, sowie die Gestellung von 12 000 Arbeitern zehn Jahre hindurch. Die interministerielle Kommission, die den Plan ausarbeitet, stellte auch die Arbeitsbedingungen für die deutschen Arbeiter fest. Die Arbeiten würden wie gewöhnliche öffentliche Arbeiten unter dem Befehl französischer Ingenieure ausgeführt. Die deutschen Unternehmer hätten die Aufgabe, das Personal zu leiten. Die deutschen Arbeiter würden in Arbeitervierteln untergebracht. Da Deutschland für die Bedürfnisse seiner Ernährung, namentlich, was Getreide und Fleisch anbetrifft, auf den Import angewiesen ist, so kann diese Einfuhr über Bordeaux anstatt über Hamburg geleitet werden. Ein Teil der Löhne für die Familien der deutschen Arbeiter soll durch die deutsche Regierung bezahlt werden, ein kleiner Teil des Lohnes zur Bestreitung der täglichen Bedürfnisse in Franken.

Nach einem gestern vom Ministerrat der Reparationskommission überwiesenen Plan zur Ausführung bestimmter öffentlicher Arbeiten unter Mitwirkung Deutschlands beträgt der Anteil Deutschlands an der Regulierung der Rhone 2658 Millionen, der französische Anteil 595 Millionen, für die Regulierung der Truyere 129 Millionen an französischen Arbeiten, für die Dordogne 185 Millionen deutscher und 105 Millionen französischer Arbeit, für den Vogesentunnel 65 500 000 Franks an deutscher und 500 000 Franks an französischer Arbeit, für den Seine-Mosel-Kanal und den Seine-Maas-Kanal 508 Millionen an deutscher und 88 Millionen an französischer Arbeit, für den Maas- und Schelde-Kanal 360 400 000 Franks an deutscher und 59 500 000 Franks an französischer Arbeit. Die Regulierung der Rhone erfordert 12 000 Arbeiter mit 10stündiger Arbeitszeit, d. h. eine Ausgabe von 1200 Millionen für die Löhne für Deutschland, 100 Millionen für Frankreich, die der Truyere 1800 Arbeiter, während vier Jahren, gleich 55 Millionen Franks an Löhnen. Die Dordogne verlangt 2500 Arbeiter für vier Jahre. Der Vogesentunnel braucht 600 Arbeiter für vier Jahre. Die Verbindung von Seine und Mosel erfordert 290 Millionen an Lohn. Ein großer Teil der Lieferungen und des Materials wird der französischen Industrie vorbehalten.

Beschlagnahmt. Alzey, 1. Juli. Wie der „Freie Hessenbauer", das Organ der freien hessischen Bauernschaft, mitteilt, ist die Ausgabe Nr. 4 vom Kreisamt Alzey beschlagnahmt worden, was mit den Verordnungen zur Sicherung der Republik zusammenhängen dürfte.

Frau Else

35] **Die Geschichte einer Ehe.**

Von L. v. Rohrscheidt.

„Sünde?" rief er leidenschaftlich, „das ist doch keine Sünde, daß wir uns lieb haben, und daß du deinen Irrtum einsiehst? Man braucht doch nicht ein ganzes Leben zu opfern, weil man mit kaum 17 Jahren sich zu einer Heirat bereden ließ! — Wenn wir nur fest bleiben, können wir noch einmal namenlos glücklich werden."

Sie sah in seine schönen, stählernen Augen, die mit dem Ausdruck bewußten Willens und fester Entschlossenheit auf ihr ruhten, und hätte so gern Mut und Hoffnung aus ihnen geschöpft. „Und du glaubst auch, daß er mir die Kinder läßt?" fragte sie bangend.

„Das wäre wohl übermenschlich viel verlangt", meinte er zögernd.

„Dann ist schon alles zu Ende, mein Lieber, Geliebter: meine Kinder verlasse ich nicht!"

„Sie würden bei der Mama sehr gut aufgehoben sein."

Leise strich sie über die finsteren Falten auf seiner Stirn. „Das wäre Sünde! Ehrlos käme ich mir vor, wie ein Soldat, der seinen Posten verläßt. Mein Wölfchen mit seinem zarten Gemüt, wieviel müßte er später leiden; Hans-Otto würde den Groll über meine Untreue immer an dem Kinde auslassen, das ihn an mich erinnert. O, Rainer, das kannst du doch nicht von mir geglaubt haben?"

„An die Kinder habe ich gar nicht gedacht", sagte er aufrichtig. „Das ist die Selbstsucht des Mannes; wir denken nur an uns und unser Glück." Er zog sie in seine Arme. „Ich gebe auch die Hoffnung nicht auf; wir haben uns nicht gefunden, um uns schnell wieder zu verlieren. Willst du mir nicht versprechen, auch ein wenig Mut und Zutrauen zu haben?"

„O du!" flüsterte sie und sah mit dem Ausdruck innigster Hingabe in das schmale, braune, so heißgeliebte Gesicht. „Mag kommen, was will, ich bin doch glücklich, daß wir uns wieder haben."

„Mein Lieb, mein Alles!" murmelte er, sie an sich pressend.

Der Fuchs, der bis jetzt friedlich gegrast hatte, hob den Kopf und wieherte. Auf dem weichen Sandboden hörte man erst spät den Hufschlag antrabender Pferde. Rainer sprang auf und trat zu den Tieren, um ihre Zügel zu lösen. Else ordnete ihr Kleid und streifte die Handschuhe über; da bogen auch schon der Oberst von Rotburg und seine älteste Tochter um die Ecke.

„Guten Morgen, meine Herrschaften", rief der Oberst fröhlich. „Sie müssen ja noch früher aufgestanden sein als wir, wenn Sie sich hier schon ausgeruht haben; nun begleiten Sie uns noch ein Stückchen Weges, nicht wahr, gnädige Frau?"

„Gern!" sagte Else gelassen.

Sie ritt mit dem Obersten voran. Sonst unterhielt sie sich immer gern mit dem liebenswürdigen, feinsinnigen Manne, jetzt mußte sie aber ihre ganze Selbstbeherrschung aufbieten, um keine verkehrten Antworten zu geben. Frau Herma fragte unterdessen an Rainer herum: ritt er täglich mit seiner Schwägerin? Wie angenehm mußte es für sie sein, immer einen ritterlichen Begleiter zur Seite zu haben! Die Ehemänner würden doch meist etwas gleichgültig nach fünfjähriger Ehe, selbst gegen die schönste Frau. Dem Großherzog war der Abschied gewiß schwer geworden? Alte Liebe rostet nicht! Rainer antwortete nur mit knapper Höflichkeit; ihm war die lebhafte, unruhige Frau wenig sympathisch.

Als sie in die Nähe der Rosenvilla kamen, bog der Weg ab. Der Oberst und seine Tochter verabschiedeten sich. „Wir werden Sie also nächstens als Pikarde bewundern, Frau von Biegeleben?" sagte Frau Herma, „wirklich, Sie sind vielseitig."

„Nicht so sehr, wie sie annehmen," nah Else zurück, „die Rolle der Pikarde übernehme ich keinesfalls."

„Weshalb nicht? Ihr Herr Gemahl wünscht es doch."

„Ich bin von den letzten unruhigen Tagen zu stark ermüdet."

„Sie haben es gewiß nötig, sich auszuruhen, meine gnädige Frau." Der Oberst streifte mit väterlicher Teilnahme ihr blasses Gesicht. „Sie sehen sehr abgegriffen aus."

„Ich würde raten, Frau von Bergwitz nimmt die Pikarde und wählt meinen Mann zum Partner, dann ist allen Teilen geholfen", schlug Else vor, ihre Lippen zuckten spöttisch.

„Ich werde es mir überlegen; grüßen Sie Ihren Gatten jedenfalls von mir", entgegnete Herma hoheitsvoll. „Die erste Probe ist wohl bei Ihnen?"

„Ja, und alle folgenden wahrscheinlich auch! — Auf Wiedersehen!"

„Du bist ja so schweigsam, Papa?" Frau Herma sah ihren Vater im Weiterreiten von der Seite an. „Hast du noch nichts gemerkt? Die beiden wurden sehr ungern gestört."

„Ich habe nur bemerkt, daß du und Frau von Biegeleben euch gern Spitzen gebt," erwiderte der Vater harmlos, „und daß es dem schönen Hans-Otto gesünder wäre, wenn er den tüchtigen Morgenritt mitmachte, statt auszuschlafen; er wird dick; der tannenschlanke Bruder sieht zu Pferde besser aus als er."

Der neugierigen Tochter gegenüber wollte er nichts zugeben, aber er dachte mit Sorge an das weiße, verzweifelte Gesicht der jungen Frau und an Rainers finstere Miene, als er sie im Walde überraschte. Für beide fühlte er eine besondere Sympathie.

Achtes Kapitel.

Die letzten Tage vergingen so unheimlich schnell. — Wenn die Sonne abends sank, sagte sich Else: dreimal, zweimal, noch einmal gebt sie auf und dann . . . — sieht du ihn nicht mehr! — Sie hatten beide kaum noch einen Augenblick ungestörten Beisammenseins. Die Mama, die am Tage nach dem Ausrücken des Regiments abreisen wollte, mußte ihren Jüngsten noch genießen; die Regimentsfamilien wollten ihn sämtlich noch einmal bei sich sehen; es war eine fortwährende Unruhe vom Morgen bis zum späten Abend. Eine Stunde zum letzten gemeinsamen Musizieren hatten sie sich noch ausbedungen, aber Elses Stimme erstickte in Tränen.

„Ich kann nicht," sagte sie leise, „laß mich hier still neben dir sitzen und spiele noch etwas."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192207061-14/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 6. Juli.

Die neue Zeit . . .

Ja, die neue Zeit, wie ist sie anders, ganz anders geworden als die alte.

Heute war ich zu einer kleinen Geburtstagsfeier geladen und hier und jenes kam zur Sprache.

Außer den teuren Lebensmittelpreisen wurde auch das Dienstboten-Kapitel eingehend behandelt und was bekam man da alles zu hören.

*

Die neue Aufwartung erscheint. Sie inspiziert die Küche und die Zimmer. Nach einigen Tagen sagt sie zur Hausfrau, die einige Stühle in den Räumen umstellt: „Wissen Se, Ihnen muß'ch jetzt ma' blamieren."

„Nun, weshalb?" fragt die verdutzte Dame.

„Nu, Sie kennen doch nich sag'n, dasse Se 'ne richt'ge Herrschaft sin? Sie tragen ja de Stiehle von een Zimmer ins annere, wenn Se noch nichema chenuch Stiehle ham . . ."

Die Dame bleibt ob der Unverschämtheit ganz gefaßt und sagt ruhig: „Ja, wissen Sie, die Möbel hier waren nur für zwei Zimmer berechnet, wir mußten eine größere Wohnung nehmen und die teuren Möbel jetzt erlauben uns nicht, noch ein Zimmer auszustatten, da muß eben verteilt werden, aber wenn es Sie so genirt, und Sie haben einen Stuhl übrig zum Verschenken — ich nehme ihn mit Dank an!"

*

„Na, nu woll'n mer nur gleich erst noch ma von's Lohn reden. Also wenn ich von achte bis um zehne frieh jejangen bin, dann habe ich Kaffee und Frühstück jekriecht; un wenn ich von zehne bis zwelwe jinf, dann Frühstück und Middagsbrot" —

„So — und was nehmen Sie Stundenlohn?"

„Nu, mit Essen vier Mark un' ohne Essen fünfe. Aber 's jab doch immer ma' ab un' zu eene Bemune."

Blitzschnell überlegt die Dame die teure Hilfe und sagt: „Wenn ich vier Mark gebe, das ist für mich schon viel, und Essen kann ich nicht geben."

„Keen Essen? Na, verzehren kann ich's ja doch ema mit Ihnen und wenn ich sonst mit Sie gefrieden bin, dann wer'n mer schon einig wer'n. Wenn Se eben keen Essen jeben woll'n, dann fällt vielleicht ema ä Kord Kartoffeln ab, oder 'ne Schürze, die Se nich mehr umbuhn, oder 'n aler Anzug von Ihren Mann!"

*

„Ja, das will ich Se jleich sagen, ich bleibe nur bis zum ersten Juli. Nacher jehe ich Aehren lesen, aber wenn Se zulegen und de Küche wird mich nich zu vile, dann bleibe ich vielleicht noch da, ecgentlich brauchte ich annern Zeit'n nicht 'n Dreck ausgekla'n, awer ich awweete eben noch jerne!"

*

Ein anderes Kapitel.

Eine Dame steht vor einem Viktualienladen und überlegt, ob sie ihren Kindern mal ein halbes Pfund Kirschen mitbringen soll, es ist vormittags einhalb zehn Uhr. Sie entschließt sich, ihren Kindern die kleine Freude zu machen und betritt den Laden.

Da kommt eine unordentlich angezogene Frau herein: „Sie, Freilein, ich will 'n Pfund Erdbeeren un 'n Pfund Kerschen." Die Verkäuferin wiegt das Gewünschte ab, währenddem sagt die Frau: „Wenn mer nämlich das so lieg'n sieht, dann läuft eenen 's Wasser im M . . . . zusammen, dadß mer eben koofen muß. Kennen Se denn 'n Tausendmarkschein wechseln?" — „Das werde ich wohl können", sagt die Verkäuferin.

Die Frau kramt in ihrer schwarzen Tasche herum nach dem Geldschein. Er ist nicht da.

„Herrejeh, wo ist'n denn der Tausendmarkschein, ich war doch e'm bei Mosf'n, da habe ich mich doch 'ne Tafel Schokolade vor zweenzwanzig Mark gekooft, und da hatte ich'n doch noch? De Schokolade habe ich schon uffgefr . . . . . un's Papier weckjeschmissen hier vor de Tiere . . ." Sie geht raus und sucht nach dem Papier, da finden sie es zusammengeknüllt am Bordstein, ein kleiner Handwagen steht dabei. Das Papier wird aufgewickelt und richtig, der Tausendmarkschein ist drin! —

Doppelter Leichtsinn! Um einhalb zehn Uhr morgens kann sich die Frau schon für fünfzig Mark Näschereien leisten und achtlos mit dem Gelde verfahren. Wo ist da ein Haushalten, was nützen da die vielen hohen Löhne? Was sind denn überhaupt hohe Löhne? Wie auch eine Frau gesagt hat: „Was ist'n das, wenn mein Mann in keine hunnerttausend Mark verdient, annere ha'n ja noch ville mehr . . ."

Und doch gibt es auch unter den einfachen Frauen noch welche, die die neue Zeit nicht angesteckt hat.

Eine Dame, deren Mann im Baufach steht, erzählte folgendes: „Mein Mann hält auch den „Klassenkampf", um zu sehen, was seine Maurer über ihn alles beschließen an Tarif- und Lohnansprüchen, meist nimmt er das Blatt, wenn er es durchgesehen hat, mit fort; neulich läßt er es auf seinem Schreibtisch liegen. Meine Stundenfrau, eine solche Person, steht das und sagt entrüstet: „Was, Sie lesen den „Klassenkampf"? Nee, den liest keine feine Herrschaft, da bleibe ich nich hier, ich will Ihnen nämlich sagen, Sie wer'n sich wundern, aber mir zu Hause sin' national!"

Die Dame hat ihre Mor gehabt, der Frau herzumachen, daß einzig der Beruf ihres Mannes ihn zwingt, das Blatt zu lesen, und daß sie in politischer Hinsicht ganz den Standpunkt ihrer Aufwartung einnimmt. Also, es gibt auch noch solche!

—uch.

Für Autos und Wanderer

Die Polizei schreibt: In letzter Zeit mehren sich die Beschwerden, daß Radfahrer in rücksichtsloseste Weise die erhöhten Fußsteige der Wege und Straßen benutzen und Fußgänger belästigen und gefährden, Personen- und Lastkraftwagen die zulässige Fahrtgeschwindigkeit sogar innerhalb der Ortschaften überschreiten und dadurch starke Staubentwicklung und Verkehrsstörungen und Gefährdung hervorrufen, sowie mit geöffneter Auspuffklappe fahren und Bewohner und Fußgänger durch übermäßige Auspuffgeräusche und üblen Geruch belästigen. Ferner wird Klage geführt, daß rücksichtslose Wanderer und Spaziergänger die Wege verlassen und, um Blumen zu pflücken oder den Weg abzukürzen, unbefugter Weise über Aecker, Wiesen- und Grasstücke laufen und Futter und Feldfrüchte von erheblichem Werte zertreten und vernichten. Es wird dringend vor Uebertretungen dieser Art gewarnt mit dem Hinweise, daß der Höchstbetrag der Geldstrafen, die in landesrechtlichen Strafvorschriften bei Uebertretungen angedroht sind, auf das Zehnfache erhöht worden sind. Die Aufsichts- und Feldschutzbeamten haben Anweisung erhalten, unnachsichtlich gegen Zuwiderhandlungen einzuschreiten und die Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen.

— **Einwandfreie Butter.** Die Polizei gibt bekannt: Es wird hiermit auf die Bekanntmachung des Bundesrats betr. Fett- und Wassergehalt der Butter vom 1. März 1902 erneut hingewiesen, wonach Butter welche in 100 Gewichtsteilen weniger als 80 Gewichtsteile Fett oder im ungesalzenen Zustande mehr als 18 Gewichtsteile, im gesalzenen Zustande mehr als 16 Gewichtsteile Wasser enthält, gewerbsmäßig nicht verkauft und feilgehalten werden darf. Nach der Polizeiverordnung betr. den Verkehr mit Butter vom 1. Mai 190[illegible] darf Butter in hiesigem Stadtkreise nur nach Gewicht verkauft werden, und zwar nach der Markordnung auf den Wochenmärkten nur in vollwichtigen Stücken von 250 oder 500 Gramm.

Die ersten ungedeckten Millionen

Ablehnung der Erhöhung der Kinosteuer — Annahme der Besoldungsvorlage — Fürsorge für die Kleinrentner — Erhöhung der Betriebsmittel für das Stadtmagazin.

Aus dem Haushaltsausschuß

Dem Haushaltsausschuß lag der Antrag der U. S. P. D. vor, die Lustbarkeitssteuer für die Großkinos für die Sommermonate um die Hälfte zu ermäßigen oder für sie einen Pauschalbetrag festzusetzen. Andernfalls würden die Kinos schließen und hundert Angestellte würden dann arbeitslos werden. Der Referent stellte fest, daß von einem schlechten Geschäftsgang bei den Großkinos keine Rede sein könne, wenn auch ein gewisser Rückgang gegenüber dem Winter anzuerkennen sei. Die monatliche Steuer habe, auch noch im Juni, 400 000 Mark erbracht, eine Ermäßigung auf die Hälfte bedeutet für die Stadt also einen Ausfall von 600 000 Mark, wenn am 12. Juli das Stadttheater und die Volksbühne schließe, werde sich der Besuch der Kinos wieder heben. Wenn den kleinen Kinos gewisse Erleichterungen gewährt seien, so lasse sich das rechtfertigen. An eine Schließung der Großkinos glaube er nicht. Der Sommer bringe auch geringere Ausgabespesen für die Kinos. Wenn bei den Kinos Ausnahmen gemacht würden, so würden auch andere Gruppen dasselbe Verlangen stellen, z. B. bei Ermäßigung der Gewerbesteuer. Ein Kino habe im August vorigen Jahres die größte Monatseinnahme gehabt. Wenn die Kinos im September eine geschlossen seien, werde das Stadttheater und damit die Stadt den Vorteil davon haben. Es sei jetzt wieder die Einrichtung eines neuen großen Kinos im Operettentheater geplant, also könne es doch wohl den Kinos nicht so schlecht gehen. Käme es zur Entlassung der Angestellten, so würden diese durch das Arbeitsamt glatt untergebracht werden. Der Vertreter der U. S. P. D. erklärte, daß dem Antrag die Spitze abgebrochen sei, da die für den 1. Juli angedrohte Schließung der Kinos nicht eingetreten sei. Trotzdem wurde der Antrag aufrecht erhalten, er wurde aber abgelehnt.

Die Magistratsvorlage betr. **Erhöhung der Gehälter für die städtischen Beamten, Angestellten, Lehrer usw.** vom 1. Juni d. J. ab, über die wir bereits eingehend berichtet haben, wurde angenommen. Bemängelt wurde von dem Referenten, daß die Beträge für die Volksschullehrer mit ¾ des Betrages für die Stadt angesetzt seien, während nach den gesetzlichen Bestimmungen der Staat drei Viertel der Lehrergehälter aufzubringen habe. Wenn jetzt noch nicht gleichzeitig über die Deckung beschlossen werden solle, so befinde sich Halle damit in Gemeinschaft vieler anderer Städte, etwa neun Zehntel der Gesamtheit. Der Städtetag habe jetzt die Forderung nach einer Sanierung der städtischen Finanzen erhoben. Vielleicht werde der Ertrag der Realsteuern doch höher sein, als bisher angenommen. Vielleicht werde auch die benötigte Summe von 6 390 000 Mark noch durch die Mehrerträge gedeckt. Zuerst habe das Reich nur Vorschüsse gegeben, dann habe es die Vorschüsse in Zuschüsse umgewandelt, vielleicht werde es später gezwungen sein, den ganzen Betrag herzugeben. Das sei als Sicherheitskoeffizient mit in Rechnung zu stellen. Gleichzeitig wurde beantragt, die Teuerungszuschläge bei Dienstreisen auf den gleichen Betrag wie die Teuerungszuschläge bei der Besoldung zu erhöhen. Ferner wurde die Grundgebühr bei Reisen nach teuren Städten um 25 Mark erhöht.

Der Magistrat führte zu der Besoldungsvorlage aus, daß er sie nicht mit freudigen Gefühlen vorlege. Besonders schmerzlich sei es ihm gewesen, daß er nichts über die Deckung habe sagen können. Er sei dazu durch die Beschlüsse der letzten Stadtverordnetenversammlung gedrängt worden. Er müsse schon jetzt eine Nachtragsvorlage in sichere Aussicht stellen, die zweifellos höhere Steuersätze bringen werde, als ursprünglich vorgesehen sei. Man sei in durchaus unerfreuliche Verhältnisse gekommen, weil man bei der Verabschiedung des Etats den richtigen Weg verlassen habe. Es sei angeschlossen, daß sich das Reich an der Erhöhung der Beamtenbesoldung mit höheren Beträgen beteiligen werde. Wenn die Situation bezüglich des Eingangs der Steuern geklärt sei, dann möge sich die Stadtverordnetenversammlung nicht den Notwendigkeiten verschließen, die dann vorlägen, sonst werde die Situation sehr ernst sein. Bei der Verabschiedung des Etats habe man diesen noch verschleiert balanzieren können. Die Entwicklung werde in Zukunft noch schneller vor sich gehen. Vom 1. Oktober 1921 ab zahle der Staat Zuschüsse zur Beamtenbesoldung. Früher habe er nur Vorschüsse gezahlt. 40 Proz. der Erhöhungen sollten aber auch jetzt die Gemeinden aufbringen und das Reich sei nicht bereit, höhere Zuschüsse zu gewähren. Bei dem Gemeindeanteil von 40 Proz. würden 15 Proz. berechnet als Neueingänge durch höhere Steuereinnahmen, diese kämen der Stadt aber erst im nächsten Jahre zugute. 25 Proz. sollten der sogenannte Sparsamkeitsfaktor sein. Dabei sei aber zu erwägen, daß der Staat sich nur an dem Mehrbetrag seit dem 1. Oktober 1921 beteilige. Man wisse nicht, ob Unverständnis oder Uebelwollen gegenüber den Gemeinden vorliege. Es sei ferner zu berücksichtigen, daß das Reich für die Beamten, die in den Betrieben beschäftigt seien, Zuschüsse überhaupt nicht zahle. Dazu würden aber nicht nur die Beamten in den städtischen Werken gerechnet, sondern auch die der Straßenreinigung, der Gartenverwaltung, des Leihamts und des Theaters, die doch sicherlich keine Zuschüsse erbrächten. Dazu komme, daß man in einer dauernden Ungewißheit bezüglich der Entscheidung schwebe. Es sei angebracht, allen Optimismus aufzugeben! Wie das weiter gehen solle, wisse auch der Städtetag nicht. Manche großen Städte beschäftigen sich schon jetzt mit dem Gedanken, die Vierteljahrsgehaltszahlungen für die Beamten aufzugeben. Eine Stadt sei schon jetzt dazu übergegangen, die Gehälter nur noch monatlich zu zahlen. Auch die kleinen Städte seien in derselben traurigen Lage. Wie soll es werden, wenn neue Gehaltserhöhungen kämen, wenn das Brot teurer würde? Unabsehbare Gehalts- und Lohnsteigerungen seien in Aussicht. Das Reich sage: Ich kann nicht zahlen. Aber die Gemeinden könnten ebensowenig zahlen. Sie hätten keine Steuerquellen, keine Reichszuschüsse, keinen Kredit. Was da aus dem Etat werden solle, wisse man nicht. Der Etat werde nicht zur Ruhe kommen. Nach den Ferien werde wohl jede Sitzung eine entsprechende Vorlage mit Nachtragsforderungen bringen. Von demokratischer Seite wurde ausgeführt, daß eine weitere Vorteuerung aller Bedürfnisse um 60 Proz. in baldiger Aussicht stehe. Mit der Erfüllungspolitik müsse jetzt endlich Schluß gemacht werden. Der Städtetag solle nur fest bleiben, denn die Städte seien stärker als das Reich. Der Westfront erwiderte darauf, daß sie stärkstens die Entente sei. Die Entente habe erklärt, das Reich dürfe nicht auf Steuereinnahmen zugunsten der Städte verzichten, wie es jetzt bei der Umsatzsteuer beabsichtigt gewesen sei, von der ½ Proz. den Städten haben zugewiesen werden sollen. Von Anfang an habe das Reich eine falsche Finanzpolitik getrieben. Auch das Parlament habe gesündigt. Auch hier sei bis heute noch nicht das richtige Interesse für die Städte vorhanden.

Der Magistrat beabsichtigt, einen **Zeitungsverkaufsstand an der „Goldenen Kugel"** einzurichten. Der jetzige wirke in seiner bisherigen Gestalt störend. Benötigt werden hierfür 20 000 Mark, die die Stadt vorschußweise bereitet und die von dem Besitzer des Standes in fünf Jahren zurückzahlen und zu verzinsen sind. — Der Verband der Kommunalbeamten bei das Erholungsheim Eulenwiese ankaufen müssen. In dem Erholungsheim finden Kommunalbeamte, die dem Verbande angehören, zu niedrigen Preisen Unterkunft aber auch andere Beamte werden billig aufgenommen. So sind aus der Stadt Halle im letzten Jahre 14 Beamte in dem Heim gewesen. Es wurde eine Beihilfe von 5000 Mark bewilligt.

Für die Klein- und Sozialrentner ist im ganzen Reich eine Sammlung „Altershilfe" eingeleitet worden. Es besteht die Möglichkeit, diese Sammlung behördlicherseits durchzuführen oder durch die örtlichen Organe der betreffenden Organisationen. Halle hat sich für das letzte Verfahren entschieden und stellt als Grundstock für die Sammlung einen Betrag von 50 000 Mark zur Verfügung. Dafür hat der Magistrat das Recht, sich mit einer Stimme in dem Verteilungsausschuß vertreten zu lassen, damit keine Doppelunterstützungen erfolgen. Außerdem sind bereits einzelne namhafte Beträge bereitgestellt. In Magdeburg ist die Sammlung bereits durchgeführt und hat einen Betrag von einer Million Mark ergeben; die 50 000 Mark wurden bewilligt.

Zur **Erhöhung der Betriebsmittel im Stadtmagazin**, die bisher 600 000 Mark betragen, werden weitere 200 000 Mark angefordert. Diese sind mit 6 Prozent zu verzinsen. Ueber die Geschäftsführung im Stadtmagazin entspann sich eine längere Aussprache. — An der Mitteldeutschen Heimstätte ist die Stadt bisher mit einem Betrage von 30 000 Mark beteiligt. Die Gesellschaft hat sich inzwischen vergrößert und bittet um eine höhere Beteiligung. Es werden 100 000 Mark bewilligt, dafür erhält die Stadt einen Sitz im Aufsichtsrat.

Aus Mitteldeutschland

Offener Brief an den Regierungspräsidenten

Einen berechtigten Protest gegen den sie betreffenden Erlaß erheben der Regierungsbezirks-Kriegerverband Erfurt und der Kreis-Kriegerverband Erfurt Stadt und Land.

In der von Ihnen am 1. Juli 1922 veranlaßten Veröffentlichung in der „Thüringer Allgemeinen Zeitung" betr. Ermordung des Ministers Rathenau ist auch von Kriegskameraden die Rede. Darunter sind selbstverständlich auch alle Krieger- und Regimentsvereine, die zum preußischen Landeskriegerverband gehören, zu verstehen. Sie, Herr Regierungspräsident, äußern sich u. a. dahin, daß die Bestrebungen befudelt und unrein geworden seien usw. Im Namen der gesamten zahlreichen Krieger- und Regimentsvereine Ihres Regierungsbezirks erheben wir schärfsten Einspruch gegen eine derartige öffentliche beleidigende Aeußerung eines in hoher Stellung befindlichen Staatsbeamten. Ihnen dürften die Satzungen und Bestrebungen der Kriegervereine usw. nicht unbekannt sein; bei uns gibt es weder Partei-, noch Religions-, noch Standesunterschiede. Wenn bei Kriegervereinsfeiern die schwarz-weiß-rote Flagge den neuen Reichsfarben vorgezogen wird, so mögen Sie bedenken, daß letztere mit den altgedienten Soldaten und mit der Opferfreudigkeit in schwerer Kriegszeit bis zum Tode nichts zu tun hat. — Nach Ihrer Entscheidung vom 28. Juni 1922 verboten Sie die Kriegervereinsfeiern. Hierüber herrscht in Kriegervereinen größte Erbitterung, zumal für Veranstaltungen gewisser politischer Vereinigungen keine Verbote erlassen wurden. Wir ersuchen zu 1 um baldige Richtigstellung, zu 2 um umgehende Aufhebung des Verbots.

Das Ergebnis der Elternbeiratswahlen

Die Wahlen zu den Elternbeiräten sind zumeist beendet. Auch in unserer Provinz hat jeder neue Wahltag das starke Anschwellen der christlichen Elternbewegung bestätigt. Besonders groß ist von den Großstädten unserer Provinz der Sieg der christlichen evangelisch-unpolitischen Listen in Erfurt. Aber auch in Magdeburg und Halle haben die christlich-unpolitischen Listen die Mehrheit und einen starken Fortschritt gegenüber der vorletzten Wahl zu verzeichnen. Das günstige Ergebnis war nur dadurch möglich, daß auch viele sozialistische Eltern in wichtiger Erkenntnis dessen, was der Erziehung unserer Kinder nottut, christlich unpolitisch gestimmt haben. Um so verwunderlicher ist es, daß der deutsche Lehrerverein, allerdings mit geringer Mehrheit, sich grundsätzlich aufs neue für die weltliche Schule erklärt hat. Die 2 Millionen im Reichselternbund zusammengeschlossenen Mitglieder und die Ergebnisse der Elternbeiratswahlen zeigen deutlich genug, daß die überwiegende Mehrheit der Erziehungsberechtigten niemals die christliche Erziehungsschule sich nehmen lassen wird.

Der richtige Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschlands

tk. Jena, 4. Juli.

Entgegen einem früher gefaßten Beschluß des Thüringer Städteverbandes, wonach dieser bei der Bildung eines mitteldeutschen Wirtschaftsbezirkes es nicht für ratsam hielt, auch den nördlichen Teil der Provinz Sachsen diesem anzuschließen, hat sich eine Ende Juni stattgefundene Sitzung genannten Städteverbandes noch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigt. In der Sitzung wurde als zweckmäßigste Abgrenzung des Wirtschaftsbezirkes Mitteldeutschlands gehalten, die ganze Provinz Sachsen mit dem Freistaat Anhalt und dem Lande Thüringen zu einem einheitlichen Wirtschaftsbezirk zu vereinigen. Somit stehen nunmehr wohl alle bedeutenden Organisationen, die für die Lösung des Problems der Abgrenzung des mitteldeutschen Wirtschaftsbezirkes in Frage kommen, auf dem von dem Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt in seiner Denkschrift vertretenen Standpunkte.

tz. Magdeburg, 5. Juli. (Schießerei.) In Sommerschenburg bei Völpke drangen Bewaffnete in den freiliegenden Dustihof ein. Es kam zu einer Schießerei, in deren Verlauf ein Schupobeamter, der dort zum Feldschutz kommandiert ist, durch einen Schuß verwundet wurde. Polizeiliche Verstärkung ist aus Magdeburg in den späten Abendstunden nach Sommerschenburg abgegangen. Aus verschiedenen anderen Orten gingen Hilferufe bei der hiesigen Polizei ein. — Zu den Vorgängen in Sommerschenburg wird noch berichtet, daß bei der Schießerei ein Kind getötet, sieben Personen verwundet wurden. Die Schießerei dauert noch fort.

— **Aken**, 5. Juli. (Die Heuernte) ist zu einem großen Teile schon eingebracht worden. Der erste Schnitt ist nicht so ertragreich wie im Vorjahre. Die Preise sind derartig, daß heute der Zentner Heu 850 M. kostet.

— **Kalbe** (Saale), 5. Juli. (Die Gurkenernte) beginnt. Die ersten Freilandgurken wurden hier bereits angeboten. Für das Stück wurde 1,50 M. gezahlt. Diese Gurkenpflanzen sind natürlich in Töpfen im Mistbeet gezogen und dann ins freie Land gesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192207061-14/fragment/page=0003

— **Magdeburg**, 5. Juli. (Kreispolizei.) Der Verwalter der hiesigen Kreispolizeistelle (früheren Fußjägerstation), Oberlandjäger Jacobs, der seinen Posten annähernd 15 Jahre lang innegehabt hat, wird auf sein Gesuch hin zum 1. Oktober d. J. in den dauernden Ruhestand versetzt. Der verdiente Kreispolizeibeamte hat eine 43jährige Dienstzeit hinter sich. Die Verwaltung unseres Kreispolizeibezirks ist dem Landjäger Wengel aus Dessau übertragen worden.

tz. **Bernburg**, 5. Juli. (Wilder Landarbeiterstreik.) In Waldau, Roschwitz, Alberstedt, Altenburg und Aberstedt streiken die Landarbeiter. Der offizielle Landarbeiterverband wendet sich gegen diese Streiks, die auf kommunistische Einflüsterungen zurückzuführen seien. Die Notstandsarbeiten werden nur zum kleinen Teil verrichtet.

— **Dessau**, 5. Juli. (Der Landbund) des Kreises Dessau feiert am nächsten Freitag in Wörlitz sein diesjähriges Sommerfest. Preußischer Landtagsabgeordneter Landwirt Kogemann wird in der Festversammlung, die um 2¾ Uhr beginnt, die Festrede über „Landvolk und Vaterland" halten. Außerdem werden Frl. Görg-Gimritz und der Landbundvorsitzende in Anhalt, Professor Demmel-Köthen, Ansprachen halten. Dieses großangelegte Fest, das abends durch einen in drei Sälen veranstalteten Ball abgeschlossen wird, dürfte sich eines großen Zuspruchs der Landwirtschaft im Kreise Dessau erfreuen.

— **Jeßnitz**, 5. Juli. (Unterschlagung?) Bei der hiesigen Konsumproduktivgenossenschaft „Volkshaus", einer gerichtlich eingetragenen Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht, die die Schankgerechtigkeit ausübt, sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Gelegentlich der fälligen Abrechnung des Aufsichtsrates mit dem Wirtschaftsführer, der der Genossenschaft gehörigen Gast- und Vergnügungswirtschaft zum „Volkshaus" (Angerstraße 71) ergaben sich Unstimmigkeiten in den Kassenverhältnissen dieses Betriebes. Die näheren Feststellungen waren für den Betriebsführer, den 40jährigen Richard A., derartig belastend, daß er nebst seiner Ehefrau sofort seines Postens enthoben worden ist. Die Art der Verfehlungen bedarf noch der Aufklärung.

— **Jeßnitz**, 5. Juli. (Waldbeerenernte.) Die ersten Heidelbeeren werden von den ortsansässigen Obsthändlern zu dem Preise von 10 M. für das Pfund feilgeboten. Die diesjährige Waldbeerenernte war in den nahegelegenen preußischen Forsten, namentlich in der Gegend von Friedersdorf, Burgkemnitz usw. sehr ertragreich.

— **Roßdorf** bei Jeßnitz, 4. Juli. (Wahnsinnige Holzpreise.) Bei dem Verkauf von Nadelnutzholz in der hiesigen „Waldschenke" gelangten an hundert Jahre alte Waldeskiefern in verschiedenartigen Losen zum Ausgebote. Für die einzelnen Verkaufslose der hohen Kiefernbäume, welche aus 6 bis 30 Stück bestanden, wurden Preise von 2500 bis 19 900 Mark erzielt. Das erstere Angebot war die Forsttaxe, die bei höheren Sätzen bis über 5000 Mark ging. Die aus 10 bis 20 Stück bestehenden Lose der langen liefernen Grubenbaustämme gingen durchweg für den Taxwert von 1420 bis 6050 Mark fort. Ferner wurden zwei Lose Fichtengewächse versteigert, nämlich 7 Stück mit 1050 Mark Taxe für 4050 Mark und 16 Stück mit 6500 Mark Taxe für 8250 Mark. Die Zuschlagserteilung für dieses Holz hat sich die Forstbehörde bis 15. Juli vorbehalten. Eine einzelne Lärchentanne war mit 900 Mark taxiert. Die abgegebenen Gebote bedeuten ein Ergebnis, wie es die anhaltische Forstkasse überhaupt noch nicht erreicht hat.

tk. **Roßla** (Harz), 4. Juli. (Vom Zeitungssterben.) Der im Jahre 1861 begründete „Allgemeine Anzeiger", amtliches Anzeigenblatt für die Grafschaft Stolberg-Roßla, hat mit dem 1. Juli sein Erscheinen eingestellt.

— **Quedlinburg**, 4. Juli. (Ein betrübendes Unglück) ereignete sich gestern nachmittag in der vierten Stunde in den Beamten-Schrebergärten Hammarte. Die beiden vierjährigen Knaben Behrenroth und Nehring waren nach den Schrebergärten gegangen und hatten sich, nachdem sie unter den Zaun durchgekrochen waren, dort an einem Wasserbehälter zu schaffen gemacht, der etwa 1,50 Meter tief ist, aber nur 72 Zentimeter Wasserbestand hatte. Der Behälter ist mit einem Lattenrost abgedeckt, nur eine kleine Klappe mit Scharnier gestattet den Zugang zum Wasser. Wie der Vorfall sich zugetragen hat, läßt sich nicht genau sagen, da ihn niemand beobachtet hat. Jedenfalls ist der kleine Nehring, als er am Wasser spielte, in den Behälter gefallen und dabei ertrunken. Etwa eine Viertelstunde nach dem Vorfall fand man das Kind im Wasser als Leiche auf.

tk. **Naumburg**, 4. Juli. (Wegen schweren Raubes) waren vor der hiesigen Strafkammer der Fleischer Otto Franz, der Schlosser Otto Hill, der Metallschleifer Friedrich Wüschel und der Händler Bruno Keilz aus Leipzig angeklagt. Am 24. Januar 1921 abends, als die sechsköpfige Familie des Müllers Albin Kaiser in Großmonra beim Abendbrot saß, drangen vier Männer, schwarze Masken vor den Gesichtern, jeder einen geladenen Revolver in der Hand, ins Zimmer, die gleichzeitig riefen: Geld her oder das Leben, Hände hoch, wer Hilfe ruft, wird erschossen. Da die Taschenlampen der Räuber nicht funktionierten, mußte Kaiser die Tischlampe tragen. Frau Kaiser, die mitgehen wollte, wurde durch vorgehaltenen Revolver zurückgescheucht. Sie blieb mit den Kindern und zweien der Maskierten im Zimmer bei der Stallleiter zurück. Es sind 1900 M. in Papier, eine goldene Damenuhr mit Kette, eine silberne Herrenuhr, Silberschmuck und mehrere Silbermünzen, ein Fünf-Markstück, vier Talerstücke in besonderer Prägung gestohlen worden. Beim Abzug hieß es, ihr bleibt jetzt drei Stunden hier sitzen, keiner verläßt das Zimmer. Wer hinausgeht, wird erschossen, es ist Wache zurückgelassen. Die Angeklagten bestritten, an dem Raube beteiligt zu sein. Bei einem der Angeklagten sind Silbermünzen beschlagnahmt worden, die von den Eheleuten Kaiser als die ihnen gestohlenen bezeichnet worden sind. Der Angeklagte Büschel will sie beim Handel mit Stoffen in Zahlung genommen haben. Die Zeugen Kaiser sagten aus, die Größe und Statur der Angeklagten stimmt, mit Bestimmtheit können wir aber nicht sagen, daß sie die Täter gewesen sind. Da es den Geschworenen zu gewagt erschien, die Angeklagten nur wegen des Besitzes der Silbermünzen schuldig zu sprechen, mußten sie freigesprochen werden.

tk. **Sitzendorf bei Schwarzburg**, 4. Juli. (Stiftungen.) Zum hiesigen Kirchbau stifteten aus Anlaß ihres goldenen Ehejubiläums Geh. Kommerzienrat A. Schönau und Gemahlin in Bad Blankenburg den Betrag von 100 000 M. Weiter überwiesen Frau Else Magzarella geb. Voigt in Mailand, Frau Marie Kirsch geb. Voigt in München zum ehrenden Gedenken ihrer verstorbenen Eltern, des Fabrikbesitzers Alfred Voigt und Gemahlin, ebenfalls 100 000 Mark.

tk. **Kronach**, 4. Juli. (Das leidige Abspringen.) Am Sonnabend hatte der 38jährige Arbeiter Lorenz Schwarz von Friedrichsburg Gelegenheit, mit einem Lastkraftwagen heimwärts nach Reith zu fahren. Als der Wagenführer halten wollte, sprang Schwarz ab, ehe das Auto zum Stillstand gebracht war. Schwarz stürzte, der Anhängewagen ging über ihn und zerriß ihm den Mastdarm. Auf dem Transport ins Krankenhaus ist Schwarz gestorben.

— **Görlitz**, 4. Juli. (Zu üblen Lärmszenen) kam es gestern nachmittag vor der Stadthalle bei Auflösung des Festzuges beim Lausitzer Radfahrer-Bundesfest. Ein sächsischer Radfahrer-Verein hatte von früheren Bundesfesten her ein schwarz-weiß-rotes Fahnenband am Banner hängen. Als das einige vor dem Festlokal stehende Zuschauer sahen, stürmten sie auf den Bannerträger zu, entrissen ihm das Banner und beschädigten es schwer. Das schwarz-weiß-rote Fahnenband wurde abgerissen und vernichtet. Die Gäste waren nicht wenig erstaunt über die Behandlungsweise in der Feststadt Görlitz und verließen dieselbe

Volkswirtschaftlicher Teil

Gehaltserhöhungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Im Anschluß an die neuen Lohnerhöhungen, die auf Grund des nunmehr von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite anerkannten Schiedsspruches zustande gekommen sind, fanden am 4. Juli in Halle Gehaltsverhandlungen statt zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Angestellten der fünf mitteldeutschen Braunkohlenreviere Halle, Magdeburg, Anhalt, Mitterfeld und Norma. Diese Verhandlungen führten zu einer Einigung. Es kam eine Gehaltserhöhung zustande, die sich im Rahmen der den Arbeitern gewährten Lohnerhöhung hält.

Aus dem Konzern der Adler-Kaliwerke

Die in Berlin abgehaltene Generalversammlung der Adler-Kaliwerke Akt.-Ges. in Oberröblingen a. S. genehmigte die Auszahlung von 6 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien sowie von 12 Proz. auf die alten und 6 Proz. auf die neuen Stammaktien. Ferner wurde die Gleichstellung der beiderlei Vorzugsaktien beschlossen. Nach Mitteilung des Grubenvorstandes befindet sich das Unternehmen in einem erfreulichen Fortschreiten, ebenso die angeschlossenen Tochterunternehmungen. Die Kaliindustrie stehe gegenwärtig im Zeichen einer besonders starken Konjunktur. Die Werke sind derartig beschäftigt, daß sie die an sie herantretenden Ansprüche trotz aller Anspannung nicht befriedigen können. Immerhin läßt sich über die geldlichen Ergebnisse noch nichts sagen, da diese von zum Teil unübersehbaren Umständen abhängen. Die innere Konsolidation des Konzerns ist durch Erwerb von Majoritäten derart gesichert, daß Außenseiter in die Verwaltung nicht eindringen können. In den Aufsichtsrat wurde neugewählt Kommerzienrat Lotz von der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft.

Die sich anschließende Gewerkenversammlung der zum gleichen Konzern gehörenden Gewerkschaft Oberröblingen genehmigte den Jahresabschluß. Der Verlust von 658 800 M. wird, wie in früheren Jahren, auf Schachtbaukonto übertragen. Das Abteufen des Schachtes ist wieder aufgenommen worden und läßt eine günstige Durchführung erwarten. — In der Generalversammlung der Kaliwerke Adolfsglück Akt.-Ges. in Lindwedel (Prov. Hannover) wurde beschlossen, den ausgewiesenen Gewinn von 103 000 M. auf neue Rechnung vorzutragen. Das Unternehmen hat sich weiter gut entwickelt. Das hochprozentige Kalilager wurde weiter verfolgt, so daß man jetzt mit einem der wertvollsten Salzlager rechnen könne. Ferner wurde die Umwandlung der auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 8. Juni eingereichten Vorzugsaktien in Stammaktien mit Wirkung vom 4. Januar 1921 beschlossen.

Neue Kalipreiserhöhung in Sicht. Infolge des Ausmaßes der letzten Kohlenpreiserhöhung ist nach einer Berliner Meldung der „Bergwerkszeitung" eine Preiserhöhung auch für Kalisalze trotz der anfänglichen Abneigung der maßgebenden Kreise der Kaliindustrie nun doch in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt. Es finden noch im Laufe dieser Woche in Berlin Besprechungen in der Angelegenheit statt. Eine etwaige Kalipreiserhöhung könnte infolge der Sommerrabatte aber erst im August in Wirksamkeit treten.

Die Ernteerwartungen. Der Saatenstand im Juni ist im Durchschnitt befriedigend gewesen, wenn er auch bei Winterweizen und Winterroggen schlechter war als im Juni des vergangenen Jahres. Die Sommersaat steht ungefähr so wie im Vorjahre. Der durchschnittliche Stand des Wintergetreides hält nun auf rund 3, während das Sommergetreide durchschnittlich die Note 2,7 erhält. Die Kartoffeln wurden mit 2,8, die Zuckerrüben mit 2,7 bewertet. Weit besser als das Getreide noch stehen die Reben, die im Durchschnitt am Rhein die Note 2, an der Mosel und Saar zum Teil sogar die Note 1 erhalten haben. Jedenfalls ist also beim Getreide eine erträgliche Mittelernte zu erwarten. Dagegen steht das Gras im allgemeinen schlecht, ebenso sonstige Futterkräuter.

R. Wolf, Akt.-Ges. in Magdeburg-Buckau. In der Aufsichtsratssitzung des Unternehmens ist beschlossen worden, der Generalversammlung nach Vornahme reichlicher Abschreibungen und Rückstellungen die Verteilung einer Dividende von 20 (i. V. 15) Prozent auf die Stammaktien vorzuschlagen.

Erfordia, Maschinenbau-A.-G., in Erfurt. Dividendenvorschlag 20 Prozent gegen 15 Prozent i. V. Die Generalversammlung findet am 25. Juli statt.

Thüringer Gleitzirkuits-Lieferungs-Akt.-Ges. in Gotha. (Konzern der A. E. G.) Die in Berlin abgehaltene Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 Prozent fest und beschloß die Verdoppelung des Aktienkapitals auf 50 Mill. Mark durch Ausgabe von 25 Mill. Mark neuer Aktien, die von der Bankengruppe der A. E. G. mit 115 Prozent übernommen werden und den Aktionären im Verhältnis von 1 : 1 zum Kurse von 130 Proz. anzubieten sind. Die Kosten der Kapitalserhöhung außer der Börseneinführung trägt das Konsortium.

R. Holz, A.-G., Magdeburg-Buckau. Der Aufsichtsrat legt der Generalversammlung nach reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen eine Dividende von 20 (i. V. 15) Prozent vor.

C. W. Emmerich Nachf. u. Franz Wiegand, A.-G. in Leipzig. Die G.-V. beschloß das Aktienkapital um 1,5 auf 4,5 Mill. Mk. zu erhöhen. Die Kapitalserhöhung erweist sich notwendig durch den inzwischen fertiggestellten Erweiterungsbau. Bankier Rasmussen-Aschersleben wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt. Geschäftlich ist mitzuteilen, daß die Umsätze erheblich von Monat zu Monat gestiegen und die Aussichten, sofern nicht besondere Verhältnisse eintreten, nicht ungünstig sind.

Auslandszucker. Am 5. Juli mitgeteilt von der Firma Schulte & Kühne, Magdeburg. Das Ausland notiert aus erster Hand cif. deutscher Seehäfen: Juni-Abladung von Nordamerika 22/9 bis 23/0 das cwt., Juli/August-Abladung von Nordamerika 4,65 ct., zu welchem Preise bei dem schlechten Stande unserer Währung kein Kaufinteresse besteht. Die zweite Hand ist für einzelne Partien 4¼ bis 6 d. das cwt. billiger. Weiße Java 13 Nr. 25, Juni-Verschiffung, werden mit 21/6, Juli-Verschiffung auf 21/3 cif. gehalten. Im Inland besteht weiter Interesse, die Käufer folgen aber der Aufwärtsbewegung nur zögernd.

Oberweißbacher Bergbahn A.-G. Die Gesellschaft erhielt zum weiteren Ausbau ihrer Bergbahn, die das Schwarzatal mit dem Oberweißbacher Oberland verbindet, vom thüringischen Staat ein Darlehen von 3,75 Millionen Mark. Sie ist ferner an das Reich herangetreten, um aus dem Fonds für ausgebauende oder notleidende Kleinbahnen 2 Millionen Mark Zuschuß zu erhalten.

Produktenbericht. Die heftigen Schwankungen der Devisen machten sich am Produktenmarkt durch stärkere Zurückhaltung der Käufer und ein mäßiges Heruntergehen der Forderungen bemerkbar. Das mäßige Angebot an Weizen wurde in erster Linie von den Mühlen aufgenommen. Roggen konnte sich auf den letzten Preisen nicht behaupten, zumal das Angebot sich verstärkte. In Gerste fanden zweithändige Realisationen statt. Auch in Hafer steigerte sich das Angebot. Mais war unverändert, jedoch aus zeiter Hand billiger. Für Erbsen und Oelkuchen war stärkere Nachfrage vorhanden.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 5. Juli.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** ab Station

Weizen, märk. 1050—1070, westpr. —, meckl. —,
Roggen, märk. 810—800, pomm. —, schles. —,
Wintergerste —, Sommergerste 910—920,
Hafer, märk. 840—860, pomm. —,
Mais, La Plata, ohne Prov.-Anz. loco 740—750,
Weizenmehl 2700—2725, feinstes höher, steigend. Roggenmehl 1950—2100, (2 Z.),
Weizenkleie 625—640, Roggenkleie 625—640,
Raps 1650—1750, Leinsaat 1700—1750,

Viktoriserbsen	1020—1060	Lupinen, blaue	600—620
Kleine Speiseerbsen	900—950	Lupinen, gelbe	900—910
Futtererbsen	800—850	Serradella, neue	—
Peluschken	—	Rapskuchen	700—730
Ackerbohnen	825—850	Leinkuchen	980—1000
Wicken	—	Trockenschnitzel	—

Zuckerschnitzel —, Torfmelasse —.

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen. Großhandelspreise.
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 150—165,
Haferstroh drahtgepreßt 150—165, Stroh seilgebündelt —,
Langstroh seilgebündelt, 150—170.
Wiesenheu, gut, gesund, trocken 310—360, desgl. neues 310—350, gesund, trocken 275—320, desgl. neues 260—320.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 5. Juli. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	11500/11600	Zinn (Banca-Straits-Australb	29300/29700
Orig.-Hütt.-Weichblei	4600/4700	Hüttenzinn mind. 99%	29200/29300
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	5300/5400	Reinnickel (98-99%)	27000/27500
Remelted-Platt.-Zink	4200/4300	Antimon (Regulus)	4200/4300
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	17000	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	9450/9550
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtb.)	17250	Elektrolytkupfer p. 100 kg	13463
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte (Preis des Zinkhüttenverb.)	5351

Devisen-Notierungen

Berlin, 5. Juli.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.-Rotdd.	16679,10	16720,90	New-York	425,96	427,04
Buenos Aires	152,02¼	153,32¼	Paris	3543,05	3551,95
Bulgarien	238,60	239,40	Schweiz	8290,60	8310,80
Brüss.-Antwerp.	3320,80	3329,20	Spanien	6828,45	6843,55
Christiania	7066,15	7083,85	Oesterr. abgest.	209,—	210,—
Kopenhagen	9228,40	9561,60	Prag	832,95	835,05
Stockholm	11066,15	11093,85	Budapest	3675,—	3685,—
Helsingfors	945,80	948,20	Poln. Mark	—,—	—,—
Italien	1970,—	1975,—	Japan (1 Jen)	—,—	—,—
London	1892,60	1897,40	Rio de Jan. (Millr.)	—,—	—,—

Leipziger Notierungen

Leipzig, 5. Juli.

Chemn. Bankv.	15	280,—	Oelsnitz. Kuxe	—	2000,—
Leipziger Hyp.-Bank	8	143,—	Pittler	30	1000,—
Thüringer Gas	12,5	338,—	Prehl. Brk. A.-G.	310	—,—
Crölln. Papier	15	800,—	„ St.-A. Lit.B.	1050	—,—
Glanz, Zucker	35	1400,—	„ „ C.	700	—,—
Gr. Leipziger	—	5,—	Riebeckbier	18	530,—
Halle Zucker	38	905,—	do. Vorz.-Akt.	6	—,—
Portland-Zement	—	—,—	Rositz. Zucker	25	920,—
Hugo Schneider	30	720,—	Rudelsburger Zement	20	600,—
Körbisdorfer Zucker	10	—,—	Sachsenwerk	20	530,—
Leipz. Kammgarnspinnerei	50	945,—	Sondern.-Stier	15	445,—
Leipz. Malz	10	1100,—	Stöhr & Co.	6	1900,—
Mansfeld. Kuxe	100	—,—	Zimmerm. Halle	15	405,—
			Zimmerm. Chemn.	12	370,—

Berliner Börse.

Industrie-Aktien:			
Akt. f. Anilin	770,—	Kyffhäuserhütte	440,—
Alexanderwerk	455,—	Lahmeyer u. Co.	415,—
Allgem. Elektr.-Ges.	730,—	Lauchhammer	781,—
Ammendorfer Papierf.	1600,	Lanrahütte	2200,
Anhalter Kohlenwerke	1768,	Leipz. Plan Zimmermann	305,—
Annaburger Steingut	3040,	Leipziger Werkzeug	950,
Augsburg-Nürnb. Masch.	536,	Leopoldgrube	590,—
Badische Anilin	840,—	Leopoldshall chem. Fabr.	1660,
Baroper Walzwerk	1050,	Lingel Schuhfabr.	936,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	550,—	Linke & Hofmann	790,—
Berger Tiefbau	645,—	Luther Maschinen	1000,
Berlin-Anhalt. Masch.	550—	Lothringer Hütte	963,—
Berlin-Gub. Hutfabrik	1600,	Ludwig Loewe u. Co.	1920,
Berl. Masch.-Bau	1129,	Magdeb. Allg. Gas-Ges.	350,—
Bismarckhütte	1955,	Magdeburger Bergwerk	1450,
Bing. Werke	583,—	Magdeburger Mühlen	650,—
Braunk.- u. Brik.-Ind.	1100,	Mannesmannröhren	1110,
Breslauer Sprit	—,—	Maschinenfabr. Buckau	3700.
Buderus Eisenwerke	660,—	Maschinenfabr. Kappel	1150,
Bochumer Gußstahl	1165,	Mech. Soran	1540,
Chem. Fabrik Buckau	2145,	Mehltener Tülffabrik	549,—
Chem. Griesheim	876,	Oberschl. Eisenb. Bed.	235,—
Chem. v. Heyden	825,—	Oberschl. Caro Heg.	640,—
Concordia Bergbau	—,—	Oberschl. Kokswerke	1680.
Consolidation Schalke	1900,	Orenstein u. Koppel	1145.
Crölwitzer Papierfabr.	800,	Phönix-Bergb.	1340,
Daimler-Motoren	459,	Plauener Gardinen	1400,
Dessauer Gas	575,—	Plauener Tüll	810,—
Deutsche Kabelwerke	570,—	Pintsch A.-G.	1460.
Deutsch-Luxemb. Bergw.	1175,	Rauchwaren Walter	1608,
Deutsche Erdöl	2606,	Rhein. Metallwaren	—,—
Deutsche Gußstahl	600,	Rhein. Stahlwerke	1080.
Deutsche Kali	2082,	Riebeck. Montan	1318,
Deutsche Waff. u. Mun.	1600,	Rombacher Hütten	885,—
Donnersmarkhütte	1800,	Rositzer Zucker	1000,
Dürkoppwerke	645,	Rositzer Zucker	890 —
Dynamit Nobel	795,—	Sachsenwerk	515,—
Ellenburger Kattun	2450	Saugerbauer Masch.	1400.
Eintracht Braunkohlen	1600,	Sauerbrey Maschinen	950,—
Elberfelder Farben	730,	Schneider Hugo u. Co.	706,—
Engelhard Brauerei	620,—	Schönebeck Metall	1340
Felten u. Guilleaume	875,—	Schubert & Salzer	1375.
Friedrichshall Kali	1510,	Schuckert & Co.	710,—
Fröbeln Zucker	1200.	Schulz jun. Fritz	1195,
Gasmotoren Deutz	790,	Siemens & Halske	1150.
Gebhardt u. Co.	710,—	Stahl & Nölke	1940,
Geiswerk. Eisen	—,—	Stettiner Chamotte	1190.
Gelsenkirch. Bergw.	1920.	Stettiner Vulkan	1440
Glanziger Zuckerfbr.	1480.	Stöhr Kammgarn	2000,
Th. Goldschmidt	960,	Stollberger Zink	1200,
Görlitzer Waggon	715,—	Teerbek. Samen-A.-G.	950,—
Gothaer Waggon	980,—	Thale Eisenhütte	—,—
Hallesche Masch.-Fabr.	3450,	Thür. Bleiweißfabrik	1350,
Hann. Masch.	2600,	Thür. Salinen	565 —
Hann. Waggon	650,	Tittel & Krüger	1275,
Harpener Berg	3200	Triptis Porzellan	920,—
Hartmann Maschinen	820,	Tülffabrik Flöha	950,—
Hasper Eisen	—,—	Türkische Tabakregie	—,—
Hilsch Kupfer	818,—	Ver. Köln-Rottweiler	870,—
Höchster Farbw.	780,—	Ver. Glanzstoff Elberf.	2260,
Hoesch Eisen u. Stahl	1480,	Ver. Gothaiawerke	690,—
Hohenlohe-Werke	635,	Ver. Thür. Metall	1575,
Humboldt-Masch.	674,—	Vogtl. Maschinen	590,—
L. Hupfeld & Co.	610,—	Wandererwerke	1520,
Ilse-Bergbau	1648.	Wegelin u. Hübner	735,—
J. A. John	560,	Wernshaus Kammgarn	1050,
Kahla-Porzellan	1.90.	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Kalw. Aschersleben	5085	Westeregeln-Alkali	1480
Kirchner & Co.	1400,	Wissner Metall	1660,
Königsborn Bergw.	1800,	Wittener Gußstahl	—,—
Königzell Porz.	1500.	Wrede-Mälzerei	2200
Körbisdf. Zucker-Akt.	—,—	Zeitzer Masch.	2110,
Gebr. Kötting	510.	Zellstoff Waldhof	716,
Kruschwitzer Zucker	—,—	Zimmermann-W.	416.—
		Otavi-Minen	1294,

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für Politik: Ernst Messerschmidt; für volkswirtschaftlichen Teil und für Mitteldeutschland: Hermann Gutz; für Kommunalpolitik, Halle, Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und Sport: Hans Helling. — Für Anzeigen: Paul Kerkau, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192207061-14/fragment/page=0004